

FOS/BOS-Schüler für einen Tag als Europa-Politiker aktiv

Planspiel zur EU-Gesetzgebung – Einführung eines gemeinsamen europäischen Asyl- und Flüchtlings-Systems beschlossen

VON WINFRIED VENNEMANN

ANSBACH – Die Europäische Union erlebbar machen – unter diesem Motto schlüpfen die Schüler der FOS/BOS Ansbach für einen Tag in die Rollen der EU-Akteure, die an der Gesetzgebung mitwirken: EUKommission, Ministerrat und EUParlament. Was in Brüssel bisher nicht gelungen ist, brachten die Schüler auf den Weg: Eine Verordnung zur Einführung eines gemeinsamen europäischen Asyl- und Flüchtlingssystems.

Im Ministerrat vertritt jeder Schüler ein Land. Gerade beraten die Innenminister die Änderungen, die das EU-Parlament im Klassenzimmer nebenan am Gesetzestext vorgenommen hat. Auch eigene Vorschläge der Minister werden diskutiert.

Die Innenministerin der Niederlande schlägt vor, Asylbewerber sollten während ihres Verfahrens arbeiten, um mit dem verdienten Geld eine mögliche Abschiebung zu bezahlen. Die folgende Diskussion unter den Schülern ist heftig: Schließlich könne nicht jeder Asylbewerber arbeiten, manche seien alt, gesundheitlich angeschlagen, und ähnliches wird angeführt. Der Antrag der Niederlande wird mit großer Mehrheit abgelehnt. „Personen mit einem bereits abgelehnten Asylantrag werden auf Kosten aller EU-Mitgliedsstaaten ausgewiesen“, steht später im Entwurf der Minister.

Die Minister sind rigoros: Das Asylverfahren dürfe nicht länger als sechs Monate dauern, lassen sie in den Gesetzesentwurf schreiben. Auch, dass die europäische Grenzschutzagentur Frontex zur Seenot-Rettung verpflichtet und ihre Arbeit politisch überwacht werden soll.

Andreas Seger vertritt als Innenminister Deutschland. Er findet das EU-Planspiel „richtig spannend“, auch wenn er sicher ist, dass die Diskussionen der Schüler wenig mit der Realität in den EU-Gremien zu tun hat: „Wir sind hier eine Schul-Gemeinschaft, bei der die gemeinsamen Aspekte eine große Rolle spielen. In der EU sind die Partikular-Interessen viel stärker ausgeprägt“, ist er sicher. Er kann auch nicht verstehen, dass mühsam und zeitaufwendig erarbeitete EU-Gesetze dann von den einzelnen Ländern nicht umgesetzt werden.

Der Ministerrat hat seine Diskussion abgeschlossen, die fünf Artikel der Verordnung wandern ins benachbarte Klassenzimmer zur zweiten Lesung des EU-Parlaments. Stimmen die Parlamentarier jetzt nicht zu, geht die ganze Sache in den Vermittlungsausschuss.

Überraschend hat das Parlament keine Einwände – die Verordnung zur Einführung eines gemeinsamen, europäischen Asyl- und Flüchtlings-Systems ist verabschiedet. Beifall brandet auf. Wenn's nur in den echten EU-Gremien so pragmatisch zugehe.

Zum E-Paper-Angebot:



(Login erforderlich)



Der Ministerrat stimmt ab: Die Dauer der Asylverfahren soll auf sechs Monate begrenzt werden. Foto: privat